

An den
Vorsitzenden des Integrationsrates
Herrn Tayfun Keltek

An die
Geschäftsstelle des Integrationsrates
Herrn Andreas Vetter

Antrag gem. § 12 (Dringlichkeitsantrag) der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Integrationsrat	03.03.2020

Rechtsextremistischer Anschlag in Hanau – AN/0298/2020

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

es wird gebeten den nachfolgenden dringlichen Antrag im Integrationsrat zur Abstimmung vorzulegen.

Resolution des Integrationsrates Köln zum rechtsextremistischen Anschlag in Hanau

Strategisches Ziel der rechtsextremistischen Gruppen und ihrer Anschläge auf Migrant*innen ist deren Vertreibung aus Deutschland. Dies ist der Grund warum sie Anschläge verüben und versuchen möglichst viele Menschen zu töten.

Dies sind Angriffe auf das friedliche Zusammenleben Aller.

Als Reaktion auf diese Anschläge fehlt nach wie vor eine durchgängige klare Positionierung von Politik, Medien und Gesellschaft in deutlichen unmissverständlichen Worten verbunden mit praktischem Handeln.

Es fehlt die klare Aussage, dass alle hier lebenden, und vor allem die hier geborenen und aufgewachsenen Menschen, fester Bestandteil unserer Gesellschaft sind und ohne Wenn und Aber zu diesem Land gehören, und es fehlt die Umsetzung konkreter Maßnahmen, die diese Worte glaubhaft machen.

Dies verunsichert weiterhin viele Migrant*innen und macht sie zunehmend sprachlos und lässt sie traurig, ratlos und wütend werden.

Die zentrale Antwort auf die rechtsextremistischen Morde muss sein, den hier lebenden Migrant*innen unmissverständlich das Grundgefühl zu vermitteln, dass dies auch ihr Land und ihre Heimat ist. Die tiefe Verunsicherung wie dieses Land zur Migration und ihren Migrant*innen steht, hat eine lange Geschichte. Sie begann in Solingen, Mölln und Hoyerswerda und zieht sich über die NSU Anschläge (auch in Köln), die Ermordung des Regierungspräsidenten Lübke bis zu den jüngsten Anschlägen und Morden in Halle und jetzt in Hanau durch.

Die schreckliche Geschichte rechtsradikaler Morde wiederholt sich, aber es ändert sich faktisch im Umgang mit dem Rassismus zu wenig. Deutschland steht vor dem Ergebnis einer zur Frage von Migration und Umgang mit Migrant*innen zu lange unentschiedenen Gesellschaft. Wir können es uns aber nicht leisten diese Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu verlieren.

Es ist jetzt zwar positiv, dass sich nach dem Anschlag in Hanau viele Menschen aus Politik und Gesellschaft sofort eindeutig gegen den Rassismus positioniert haben und auch die Flaggen auf halbmast gesetzt wurden. Allerdings herrscht aufgrund der langjährigen negativen Erfahrungen weiter großes Misstrauen, denn zu oft wurden in der Vergangenheit große Reden gehalten, ohne dass diesen Reden Worte und konkrete Taten folgten. Zu groß bleibt das Misstrauen, wenn jetzt von vormaligen erklärten Gegnern der Zuwanderung große Trauerworte der Betroffenheit und Solidarität formuliert werden.

Wie können wir verlorenes Vertrauen wieder gewinnen - wie schaffen wir es, dass Migrant*innen in unserm Land glauben, dass wir es ernst mit unseren Worten meinen und sie in diesem Land erwünscht sind. Erwartet werden konkrete Taten!

Die Kölner Verwaltung und Politik wird aufgefordert in folgenden Themen aktiv tätig zu werden:

<p>Es geht nicht um Fremdenfeindlichkeit, sondern um gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit</p>	<p>Es handelt sich nicht um ausländer- oder fremdenfeindliche, sondern um menschenfeindliche Anschläge. Es gibt in unserer Gesellschaft Personen, die nicht akzeptieren können, dass hier Menschen leben, die anders sind wie sie selber und z.B. anders aussehen oder eine andere Kultur oder Religion haben. Diese Menschenfeindlichkeit bezieht sich auf ganze Gruppen, wie jetzt in Hanau auf Migrant*innen (gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit). Allerdings muss auch klar sein, dass mit diesem menschenfeindlichen Weltbild nur die Mitglieder der eigenen Gruppe akzeptiert werden und nach den Migrant*innen auch weitere Gruppen, wie Jüdinnen und Juden, Roma und Sinti, LSBTIQ, Behinderte und Frauen bedroht werden.</p>	<p>Es muss öffentlich deutlich gemacht werden, dass es bei den Anschlägen nicht um Ausländer-oder Fremdenfeindlichkeit geht, sondern um Menschenfeindlichkeit. Es muss eine eindeutige Aussage gemacht und regelmäßig wiederholt werden, dass Migrant*innen selbstverständlicher Bestandteil der Kölner Stadtgesellschaft sind und damit dazugehören.</p>
<p>Interkulturelle Öffnung der Verwaltung umsetzen</p>	<p>Es ist ein sowohl für die 62% deutsch-deutschen als auch die 38% migrantischen Kölner*innen ein wichtiges Signal, wenn in der Kölner Verwaltung die Vielfalt der Stadt in angemessener Weise wiedergespiegelt wird. Daher muss der Prozess der Interkulturellen Orientierung und Öffnung der Verwaltung verstärkt umgesetzt werden.</p>	<p>Dies muss - durch eine entsprechende Einstellungspolitik und Erhöhung der Zahl von migrantischen Mitarbeitenden, - durch ansprechenden Fortbildungen der städtischen Belegschaft zur interkulturellen Sensibilität und des Erkennens von persönlichen und strukturellen Rassismen erfolgen, - mit einer Öffnung des Zugangs zu städtischen Angebote und Dienstleistungen für Kölner Migrant*innen erfolgen. Bei städtischen Publikationen ist insbesondere bei der Bebilderung darauf zu achten, dass diese die Vielfalt der tatsächlichen Stadtbevölkerung widerspiegeln.</p>
<p>NSU - Mahnmal in Köln- Mülheim realisieren</p>	<p>Der Umgang mit dem NSU bzw. dem Gedenken an die Opfer des Rechtsextremismus ist für die migrantische Community zentral dafür, wie ernstes die deutsch-deutsche Gesellschaft es mit der Bekämpfung des Rassismus tatsächlich</p>	<p>Bei der Realisierung des Mahnmals ist zuerst der Investor der Fläche an der Keupstraße / Ecke Schanzenstraße gefragt, bzw. alle in der Stadtgesellschaft, die eine Möglichkeit sehen, auf ihn Einfluss zu nehmen.</p>

	<p>meint.</p> <p>Nachdem aufgrund des undurchsichtigen Agierens u.a. des Verfassungsschutzes eine Aufklärung des NSU-Komplexes nicht möglich war, ist es umso wichtiger in Köln zu zeigen, dass dieses Thema sehr ernst genommen wird.</p> <p>Das geplante Kölner Mahnmahl, mit den über eine App abrufbaren virtuellen Wänden, ist zudem ein ausgezeichnetes pädagogisches Angebot an Schulen, zur Befassung mit dem Thema Rassismus und Rechtsextremismus.</p>	<p>Auch die Stadtplanung ist aufgefordert noch einmal in Verhandlungen mit dem Eigentümer zu treten und die Erstellung und Abstimmung eines Bebauungsplans zu verabreden.</p> <p>Die Politik ist gefordert, gegebenenfalls eine Nutzung des Vorkaufsrechtes für das Grundstück zu entscheiden, um das Mahnmahl umzusetzen.</p>
Interkulturelle Sensibilisierung der Kölner Medienlandschaft	<p>Es ist ein sowohl für die 62% deutsch-deutschen als auch die 38% migrantischen Kölner*innen ein wichtiges Signal, wenn in den Kölner Medien die Vielfalt der Stadt in angemessener Weise wiedergespiegelt wird.</p>	<p>Die Kölner Medien können einen wichtigen Beitrag zur interkulturellen Sensibilisierung in unserer Stadt leisten.</p> <p>Eine interkulturelle Sensibilisierung kann darüber erfolgen, dass den Redakteur*innen einmal zurück gespiegelt wird, wie</p> <ul style="list-style-type: none"> - Serien über Clankriminalität, - Nennung der ethnischen Abstammung bei der Kriminalberichterstattung, - Nutzung von Bildern kopftuchtragender Frauen als Motivbilder bei der Berichterstattung über Geflüchtete und Migranten, - Nichtberücksichtigung von migrantischen Kölner*innen bei der Berichterstattung über kommunale Allgemeinthemen und gleichzeitige Reduzierung ausschließlich auf migrantische Themen - etc. <p>in der migrantischen Community und aber auch in der Mehrheitsgesellschaft wirken.</p>
20 + 1 Bäume an Schulen pflanzen	<p>Hintergrund dieser Initiative des Landesintegrationsrates ist, dass in der Vergangenheit verschiedentlich Bäume, die zum Gedenken an die Opfer des NSU in einigen Städten gepflanzt worden waren, zerstört wurden.</p>	<p>Der Integrationsrat möchte zum 25. Jahrestag der Gründung des Verbundes der ‚Schulen mit Courage‘, die Kölner Schulen mit Courage bitten, in Kooperation mit dem Grünflächenamt 20 + 1 Bäume auf Kölner Schulhöfen zu pflanzen und zu pflegen. Ursprünglich sollte diese Aktion im Gedenken an die NSU Opfer 10 + 1 Bäume genannt werden. Schrecklicherweise müssen jetzt weitere Opfer dazugezählt werden. Damit soll signalisiert werden, dass diese Opfer nicht vergessen sind.</p>
Potentiale sichtbar machen	<p>Migration wird in der Gesellschaft oftmals immer noch als defizitär wahrgenommen und diskutiert.</p> <p>Wichtig ist die Potentiale von Migration und den Kölner*innen mit Migrationshintergrund in den öffentlichen Fokus zu rücken.</p> <p>Hierdurch kann eine dringend notwendige Wertschätzung der Kölner*innen mit Migrationshintergrund erfolgen und die Potentiale der mitgebrachten Sprachen und kulturellen Kompetenzen für die Stadtgesellschaft genutzt werden.</p>	<p>Die Migranten Milieu Studie (Sinus Studie des Bundesverbandes Wohnen und Stadtentwicklung (vhw) belegt auf wissenschaftlicher Grundlage die Heterogenität der migrantischen Community, die sich kaum von der Heterogenität der Mehrheitsgesellschaft unterscheidet. Erkenntnisse wie z.B. dass ein sehr hohes Maß an gegenseitiger Übereinstimmung der Werte besteht, die Zahl der Potentialträger größer geworden ist und ein hohes Interesse an Bildung und Aufstieg besteht muss durch eine entsprechende Kampagne deutlich gemacht werden.</p> <p>Kinder aus migrantischen Familien müssen gestärkt werden. Sie bringen in den allermeisten Fällen beim Eintritt in die Kita bzw. Schule neben Kenntnissen der deutschen Sprache bereits eine zusätzliche ‚Fremdsprache‘ - ihre Familiensprache mit.</p>

		<p>Diese Familiensprachen müssen</p> <ul style="list-style-type: none"> - in Kitas und Schulen zugelassen - und zusätzlich durch geeignete Maßnahmen gefördert werden.
<p>Antirassistische Arbeit stärken</p>	<p>Seit vielen Generationen (ca. 300 Jahren mit Beginn des Kolonialismus) werden insbesondere ‚weiße Menschen‘ rassistisch sozialisiert. Gleichzeitig ist ein Diskurs über den Rassismus in Deutschland aufgrund der Tabuisierung des Themas nach dem Ende des Faschismus äußerst schwer. Kulturell und ‚rassistisch‘ bestimmte Vorurteile sind aber nicht vorgegeben, sondern erlernt – d.h. sie können auch verlernt werden.</p>	<p>Die Förderung von rassistuskritischer Arbeit in Köln muss finanziell aufgestockt werden.</p> <p>Dies bezieht sich auf Maßnahmen</p> <ul style="list-style-type: none"> - der Beratung bei Diskriminierung und rassistischen Vorfällen - des Empowerments für von Rassismus betroffene Kölner*innen - zur Sensibilisierung gegenüber rassistisch und kolonialistisch geprägten Vorurteilen und Denken.
<p>Gleichbehandlung aller Kölner Bürger*innen und Institutionen sicherstellen</p>	<p>Der Gleichheitsgrundsatz aller Menschen gemäß Artikel 3 des Grundgesetzes ist von größter Wichtigkeit für unser soziales Zusammenleben. Ungleichbehandlung führt zu sozialen Spannungen und Konflikten.</p>	<p>Die Verwaltung muss – und dies ist Bestandteil der interkulturellen Öffnung – alle seine Bürger*innen und Institutionen konsequent gleich behandeln.</p> <p>Dies heißt z.B. auch, dass in gleicher Weise wie deutsche Verweine und Religionsgemeinschaften sich in Köln betätigen dürfen, auch muslimische bzw. nichtchristliche Vereine aktiv sein dürfen. Die Verwaltung muss darauf achten, dass die jeweiligen gesetzlichen Grundlagen für <u>alle</u> gleich gelten und nicht aufgrund von Vorurteilen und Nichtwissen mit zweierlei Maß gemessen wird.</p>
<p>Stärkung der politischen Partizipation - Stärkung des Integrationsrates Köln</p>	<p>Aufgrund der fehlenden Repräsentanz von Kölner Politiker*innen mit Migrationshintergrund im Rat (vermutlich ca. 9 %) und den Bezirksvertretungen (vermutlich ca. 6,6 %) ist das politisch gewählte Gremium Integrationsrat der einzige Ort, an dem die Belange der Kölner Migrant*innen auf Augenhöhe mit den Ratsmitgliedern politisch diskutiert und berücksichtigt werden können.</p> <p>Dieser Diskurs und der Berücksichtigung seiner Ergebnisse in der Politik ist vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Veränderungen von zentraler Bedeutung und Wichtigkeit.</p>	<p>Der Integrationsrat muss</p> <ul style="list-style-type: none"> - mehr Zuständigkeiten erhalten, um nicht ein (unattraktives) Alibi-gremium zu sein, - strukturell durch Finanzierung von ausreichenden Mitarbeitenden (analog Fraktionsmitarbeitenden) in seiner politischen Arbeit gestärkt werden.

Begründung der Dringlichkeit:

Erfolgt mündlich